

SP-Präsidium • c/o AStA • Nassestr. 11 • 53113 Bonn

1. Sprecher: Kay A. Frenken
c/o AStA der Uni Bonn
Nassestraße 11
53113 Bonn

Tel: 0228 - 737033
Mail: sp@uni-bonn.de

Bonn, 08. Juni 2021

Beschlussausfertigung: **Solidarisierung mit den Studierenden und Beschäftigten sowie der LGBTI+-Community an der Istanbulur Boğaziçi-Universität**

Antragstellende: Ken Alan Berkpinar (GHG), Helene Kast (Juso HSG) und Stefan Schröder (LUST)

Sitzung des Beschlusses: 2. ordentliche Sitzung

Datum der Sitzung: 28. April 2021

Empfänger*innen: Studierendenparlament und Rektorat

Das XLIII. Studierendenparlament der Rheinischen Friedrichs-Wilhelm-Universität Bonn hat in seiner

2. ordentlichen Sitzung am 28. April 2021

mehrheitlich den angehängten Antrag der o.g. Antragstellenden

**zur Solidarisierung mit den Studierenden und Beschäftigten
sowie der LGBTI+-Community an der Istanbulur Boğaziçi-Universität,**

verändert durch einen Eigenänderungsantrag,

beschlossen.



Kay A. Frenken
– Erster SP-Sprecher –

Anhang:
Beschlossener Antrag

Antrag der Koalition zur Solidarisierung mit den Studierenden und Beschäftigten sowie der LGBTI+-Community an der Istanbuler Boğaziçi-Universität in seiner beschlossenen Form.

Das 43. Studierendenparlament hat beschlossen:

Das 43. Bonner Studierendenparlament solidarisiert sich mit den Studierenden und Beschäftigten der Istanbuler Boğaziçi-Universität in ihrem Protest gegen die Ernennung des neuen Rektors Melih Bulu durch Staatschef Recep Tayyip Erdoğan und in ihrem Kampf für Wissenschaftsfreiheit.

Das Studierendenparlament kritisiert die Einflussnahme Staatspräsident Erdogans auf die Freiheit und Autonomie der türkischen Universitäten und die Polizeigewalt gegen die Studierenden und solidarisiert sich mit der LGBTI+-Community an der Boğaziçi-Universität, deren Strukturen zerschlagen und deren Mitglieder verhaftet wurden.

Das Studierendenparlament ruft das Rektorat der Universität Bonn auf, sich mit den Studierenden und Beschäftigten der Boğaziçi-Universität in ihrem Protest zu solidarisieren und den Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit zu verurteilen.

Das SP-Präsidium und die Antragsteller*innen sollen versuchen, einen Kontakt zu den Protestierenden herzustellen, um einen Bericht durch Protestierende im Studierendenparlament zu ermöglichen.

[beschlossene Form ausgearbeitet durch das SP-Präsidium]